



Niederschrift

21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 08.07.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	ab 18:35 Uhr
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Peter Schüller	Grüne/B90	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Dennis Hohloch	AfD	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	bis 18:35 Uhr
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	entschuldigt
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.06.2015
- 3 Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung
des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
Vorlage: 15/SVV/0468
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4 Förderung Extavium
Vorlage: 15/SVV/0498
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
- 5 Überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110-KV-Leitung um die
Ortslage Marquardt
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
+ MV ProPotsdam
- 6.2 Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen
Vorlage: 14/SVV/0896
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
- 6.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-
Mittelmark
Vorlage: 15/SVV/0046
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 6.4 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079
Fraktion DIE LINKE
- 6.5 Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt
Vorlage: 15/SVV/0223
Fraktion CDU/ANW
- 6.6 Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen
Potenzialflächen
Vorlage: 15/SVV/0388
Fraktion CDU/ANW, SPD

- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Evaluierung Luftschiffhafen
Vorlage: 15/SVV/0481
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 7.2 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte
- 7.3 Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree,
Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum
aktuellen Sachstand
Vorlage: 15/SVV/0502
Oberbürgermeister, Werkstatt für Beteiligung
- 7.4 Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule
gemäß Beschluss: 14/SVV/0922
halbjährliche Berichterstattung
- 7.5 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
- 7.6 Bericht zur Korruptionsprävention 2014
Vorlage: 15/SVV/0508
Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragte

8 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 24.06.2015
- 10 Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen in der
Gemeinschaftsunterkunft An den Kopfweiden (Gemarkung Potsdam, Flur 8,
Flurstücke 83, 54, 71) in 14478 Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0497
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 11 Ausschreibung Tourismusdienstleistungen
Vorlage: 15/SVV/0516
Oberbürgermeister, Bereich Recht und Versicherungen
- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Berichterstattung über Vergabe von Gutachten und Untersuchungen 2013
Vorlage: 15/SVV/0409
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

- 12.2 Unterrichtung über die gefassten Gesellschafterbeschlüsse in städtischen Unternehmen
Vorlage: 15/SVV/0479
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 12.3 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 15/SVV/0509
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 12.4 Angelegenheiten der KUBUS gGmbH
- 12.5 Sachstand WagenHausBurg Hermannswerder
aus HA 11.03.2015
- 13 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Finken eröffnet die Sitzung und verweist darauf, dass sich der Oberbürgermeister im Urlaub befindet und die heutige Sitzung nicht leiten könne.

Gemäß § 56 Abs. 1 und 2 BbgKVerf nimmt der Erste Beigeordnete als der allgemeine Stellvertreter des hauptamtlichen Bürgermeisters im Falle der Verhinderung alle Aufgaben des hauptamtlichen Bürgermeisters wahr. Dies betreffe auch das Stimmrecht des Oberbürgermeisters im Hauptausschuss, da er qua Gesetz Mitglied im Hauptausschuss ist.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.06.2015

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt Herr Finken folgende Änderungen vor:

Zum Tagesordnungspunkt

5 - überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110 KV-Leitung um die Ortslage Marquardt - liegt die entsprechende Beschlussvorlage noch nicht vor und wird zur Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 vorgelegt.

Die Tagesordnung soll im Weiteren um eine Berichterstattung der „Kommission zum Umgang mit vertraulichen Sachverhalten“ erweitert werden.

Darüber hinaus liegt ein Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 6.4 – DS 14/SVV/1079 – Mieterinitiative Großbeerenstraße - von Frau Petri als

Vertreterin der Mieterinitiative vor.

Dieses Rederecht soll im öffentlichen Teil gewährt; der Antrag selbst müsse im nicht öffentlichen Teil aufgerufen werden, da vertragliche und finanzielle Dinge zu besprechen seien.

Frau Müller schlägt vor, den Punkt weitestgehend öffentlich zu behandeln. Herr Kirsch plädiert für eine nicht öffentliche Beratung, da er konkrete Nachfragen habe und spricht sich dafür aus, beide Seiten im nicht öffentlichen Teil zu hören.

Herr Exner betont, dass nicht beide Seiten im nicht öffentlichen Teil anwesend sein können. Der Gesellschafter habe hier einen anderen Stellenwert als die potenziellen Käufer.

Im Ergebnis der Diskussion wird dahingehend Einigung erzielt, dass ein Vertreter der Mieterinitiative für Rückfragen zur Verfügung steht.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 20. Sitzung des Hauptausschusses vom 24.06.2015 wird mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Anschließend erhält Frau Petri das Rederecht und berichtet über den aktuellen Sachstand aus Sicht der Mieterinitiative. Sie verweist auf die erhöhten Sanierungskosten und die am 25.06.2015 an die Pro Potsdam gerichtete Bitte um einen Gesprächstermin. Diese habe auf Grund der erbetenen Kaufpreisminimierung das Veräußerungsangebot zurückgezogen. Dies bedauere die Mieterinitiative sehr und hoffe auf eine gemeinsame Lösungsfindung.

Sie bittet um einen weiteren Terminaufschub und schlägt vor, die weiteren Gespräche mit Begleitung/Unterstützung von einem oder zwei Hauptausschussmitgliedern zu führen.

zu 3 Kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Vorlage: 15/SVV/0468

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch nach den Erfolgchancen der Verfassungsbeschwerde entgegnet sie, dass eine rechtliche Prüfung erfolgt sei, sie aber keine Prognose abgeben könne.

Anschließend wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Landeshauptstadt Potsdam legt spätestens bis zum 11.07.2015 Verfassungsbeschwerde gegen das Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 10.07.2014 (GVBl. I. Nr. 29) ein.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Förderung Extavium

Vorlage: 15/SVV/0498

Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
Frau Dr. Magdowski bringt die Vorlage ein.

Das Extavium solle mit einer Einmalzahlung in Höhe von 100.000 € gefördert werden. Diese stehen aus nicht benötigten finanziellen Mitteln für den Umzug des Potsdam-Museums zur Verfügung.

Herr Schultheiß merkt dazu an, dass es sich um eine relativ hohe Summe handle, die auch für andere evtl. dringendere Vorhaben verwendet werden könnten.

Frau Dr. Schröter betont, dass es sich hierbei um eine dringende Angelegenheit handle und fragt nach, was nach der einmaligen Förderung passiere.

Herr Schubert verweist darauf, dass sich eine große Mehrheit für eine vernünftige Finanzierung des Extaviums ausgesprochen habe und darüber hinaus langfristig finanzierbare Lösungen gefunden werden müssten.

Herr Schüler führt aus, dass diese besondere Situation eine Einmalförderung angeraten erscheinen lasse. Gleichzeitig hoffe er, dass Partner gefunden werden, die sich an der Finanzierung beteiligen. Heute sollte dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden, da es um eine existenzielle Frage für das Extavium gehe.

Die Beantwortung der Nachfrage von Herrn Boede, wie viel Mittel durch den Wegfall des Umzugs des Potsdam-Museums darüber hinaus noch zur Verfügung stehen, wird Frau Dr. Magdowski nachreichen.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Das Extavium wird 2015 einmalig in Höhe von 100.000,00 € gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 5 Überplanmäßige Aufwendungen zur Realisierung der 110-KV-Leitung um die Ortslage Marquardt

zurückgestellt

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

Nach Behandlung der Mitteilungsvorlage – 15/SVV/0509 – im nicht öffentlichen

Teil, wird der Antrag von Herrn Boede namens der Antragstellerin **zurückgezogen.**

zu 6.2 **Park & Ride Parkplatz im Süd-Westen**

Vorlage: 14/SVV/0896

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

Herr Finken erläutert das Anliegen und bittet im Beschlusstext in der 2. Zeile – folgende Zeile zu streichen: „... möglichst bis zum Fahrplanwechsel im Frühjahr 2015, am Werderpark in Werder ...“

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wie die Verwaltung zu diesem Anliegen Stellung nehme, antwortet Herr Klipp und verweist darauf, dass die Erarbeitung eines Park & Ride-Konzeptes abgeschlossen und auch mit Werder abgestimmt sei. Die in Rede stehende Fläche in Werder sei im Flächennutzungsplan als Sport- und Freizeitfläche ausgewiesen und stehe auch deshalb nicht zur Verfügung, weil es eine Privatfläche sei.

Dem Anliegen des Antrags könnte mit der im September vorzulegenden Beschlussvorlage Rechnung getragen oder in einer weiteren gemeinsamen Sitzung mit Potsdam-Mittelmark besprochen werden.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass zeitgleich ein attraktives ÖPNV-Angebot vorgelegt werden sollte und fragt nach, ob es ein solches gebe.

Die Verhandlungen dazu – insbesondere zur Taktverdichtung - werden, so Herr Klipp, weiter verfolgt. Das Ergebnis werde aber nicht in der o. g. Beschlussvorlage zu finden sein – dies laufe parallel.

Auch hierzu, so Herr Exner, gebe es Gesprächsbedarf mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und seien trotz Einigung auf eine gemeinsame „Marschrichtung“ noch einige Fragen offen.

Frau Dr. Müller stellt fest, dass somit der zweite Teil des Antrags zur Terminstellung im Januar 2016 noch nicht erfüllt sei. Worauf Herr Finken entgegnet, dass es dann dazu einen Zwischenbericht geben werde.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den zuständigen Stellen im Landkreis Potsdam Mittelmark Gespräche zu führen, um zu prüfen, ob kurzfristig, ~~möglichst bis zum Fahrplanwechsel im Frühjahr 2015, am Werderpark in Werder~~ ein ggf. nur temporärer und provisorischer Park & Ride Parkplatz eingerichtet werden und zeitgleich ein attraktives ÖPNV-Angebot angeboten **werden** kann.

Dem Hauptausschuss ist im Januar zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 6.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 15/SVV/0046

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Herr Finken verweist auf die vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfohlene geänderte Fassung des Antrags, die Herr Schüler anschließend zur Beschlussfassung empfiehlt.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark zu prüfen. Dazu sollen Vorteile und Nachteile für beide Partner sowie gemeinsame finanzielle und verkehrspolitische Synergieeffekte aufgelistet werden. ~~Mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark sind Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.~~

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2015 Bericht zu erstatten.~~

Dazu sind im Anschluss an die derzeit laufende Umstrukturierungsmaßnahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Potsdam-Mittelmark, mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.

Über den Fortgang der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im April 2016 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 6.4 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt bis zum 30.09.2015

zu 6.5 Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt
Vorlage: 15/SVV/0223

Fraktion CDU/ANW
Wirtschaftsrat

Diesem Antrag hat der Wirtschaftsrat zugestimmt.
Herr Finken bringt die Vorlage ein und verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte ergänzte Fassung des Beschlusstextes:

Nach dem ersten Satz ist einzufügen:

Dabei sind auch die Sichtweisen und Meinungen aus dem universitären, kulturellen und touristischen Umfeld einzubeziehen.

Herr Kirsch fragt nach, was sich die Antragstellerin von dem Antrag verspreche, da sich 90 % der betroffenen Flächen in Privatbesitz befinden und was die Wirtschaftsförderung der Stadt anders machen solle als bisher.

Herr Finken entgegnet, dass der Bereich Wirtschaftsförderung Empfehlungen an Neugründer geben soll, welche Geschäfte in der Innenstadt eine Chance haben, um der aktuell starken Fluktuation von Einzelhändlern in diesem Bereich entgegenzuwirken.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass dies das Grundgeschäft des Bereiches Wirtschaftsförderung sei und fragt, ob die Antragstellerin davon ausgehe, dass der Bereich nicht Willens oder in der Lage sei, das zu tun, was hier abverlangt werde.

Herr Schüler betont, dass der Antrag darauf abziele, Antworten zu finden, was man anderes tun müsse, um die Fluktuation zu minimieren. Diese, so Frau Müller, liege wohl eher an den hohen Mieten.

Auf die Nachfrage von Herrn Boede nach den entstehenden Kosten, erklärt Herr Jetschmanegg, dass noch keine diesbezüglichen Angebote eingeholt wurden. Wenn dieser Beschluss gefasst werde, müsse sich der Bereich Wirtschaftsförderung Gedanken bezüglich der Umsetzung machen. Daraufhin kritisiert Frau Müller, dass sonst zu jedem Antrag die Darlegung der finanziellen Auswirkungen verlangt werde, das sollte bei dieser Vorlage nicht anders sein.

Darauf Bezug nehmend beantragt Herr Kirsch, dieses Anliegen als Prüfauftrag zu beschließen. Herr Finken übernimmt namens der Antragstellerin diese Änderung.

Der so geänderte Antrag wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, wie** für den zentralen Versorgungsbereich Innenstadt (Bereiche Luisenplatz, Hegelallee, Holländisches Viertel und Charlottenstraße) eine spezifische Erhebung des Einzelhandels, getrennt nach Branchen, durchzuführen, die Ursachen für die häufigen Wechsel zu analysieren und eine Expertenempfehlung in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden, Arbeitsgruppen und Kammern für einen gesunden Händlermix in der Innenstadt zu erstellen.

Dabei sind auch die Sichtweisen und Meinungen aus dem universitären, kulturellen und touristischen Umfeld einzubeziehen.

Erste Ergebnisse sind spätestens im IV. Quartal 2015 im Hauptausschuss und Wirtschaftsrat vorzustellen. Spätestens im I. Quartal 2016 ist der Auftrag abzuschließen und dem Hauptausschuss sowie dem Wirtschaftsrat zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **13**

Ablehnung: 4
Stimmhaltung: 1

zu 6.6 **Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen**

Vorlage: 15/SVV/0388

Fraktion CDU/ANW, SPD

Wirtschaftsrat: 23.06.2015

Herr Finken bringt die Vorlage ein und verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Wirtschaftsrates.

Herr Schüler, Herr Schubert und Frau Dr. Schröter stellen klar, dass solche Anträge in dieser oder ähnlicher Form bereits beschlossen worden seien und Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung im Hauptausschuss dazu berichtet habe.

Herr Schubert plädiert trotzdem für eine Zustimmung, weil in jedem dieser Berichte die Probleme zwar benannt, aber kein Maßnahmenpaket vorgelegt wurde.

Der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Maßnahmenplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen zu erstellen und vor allem Möglichkeiten - auch unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen - zur prüfen, finanzielle Mittel (Investitionen) für die Entwicklung und Aktivierung von Gewerbeflächen einsetzen zu können.

Dem Hauptausschuss ist bis Ende 2015 zu berichten, der Wirtschaftsrat ist einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 3

zu 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 7.1 **Evaluierung Luftschiffhafen**

Vorlage: 15/SVV/0481

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Herr Jetschmanegg verweist eingangs darauf, dass der Oberbürgermeister ihn mit der Begleitung der Evaluierung beauftragt habe. Er schlägt vor, dass Frau Rademacher zum Projektverlauf und Herr Dr. Schuster sowie Herr Isegrei von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Projektstatus berichten.

Frau Rademacher erläutert die Aufteilung der Evaluierung in 8

Leistungsbausteine. Aufgrund der Erweiterung der Aufgabenstellung, des Vergabeverfahrens und der Vertragsverhandlungen sei bereits vor dem eigentlichen Start des Vorhabens eine zweimonatige Verzögerung entstanden. Die Komplexität der Aufgabenstellung und die Vielzahl der Beteiligten haben darüber hinaus eine umfassende Anforderungsliste von Dokumenten verursacht. Jetzt sei die Evaluierung auf gutem Weg und werde es am 07.10.2015 eine erneute Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung geben.

Herr Dr. Schuster und Herr Isegrei erläutern mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Gesamtübersicht der acht Leistungsbausteine und beantworten anschließend gemeinsam mit Frau Rademacher die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.

So von Frau Dr. Schröter zur Vollständigkeit der benötigten Unterlagen, die laut Herrn Dr. Schuster mittlerweile vollständig vorliegen. Für die Evaluierung habe es eine grobe Vorstellung gegeben, die nach und nach verfeinert wurde und somit weitere Unterlagen erforderlich machte.

Frau Dr. Müller fragt, ob ein Vorher-Nachher-Vergleich über die Funktionalität des Luftschiffhafens möglich sei. Herr Dr. Schuster verweist darauf, dass sich das Areal erheblich verändert habe, was diesen Vergleich beeinflusse – trotzdem werde es aber Aussagen dazu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Unterkunft in der David-Gilly-Straße derzeit belegt werde und die in Groß Glienicke bis zum 18.08.2015 ebenfalls belegt sein soll.

zu 7.3 Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße - Bericht zum aktuellen Sachstand

Vorlage: 15/SVV/0502

Oberbürgermeister, Werkstatt für Beteiligung

Herr Jetschmanegg informiert, dass der angekündigte Runde Tisch am 04.07.2015 stattgefunden habe. Die Ergebnisse liegen vor, seien aber noch nicht abschließend aufbereitet, so dass er einen ausführlichen Bericht in der Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 vorschlägt.

Frau Dr. Schröter bittet darum, wenigstens die wichtigsten Ergebnisse zu benennen.

Herr Jetschmanegg bittet Herrn Kärsten über Ergebnisse zu berichten, ohne den Anspruch auf ein Ranking zu erheben.

Herr Kärsten erläutert, dass für das Behlert-Gutenberg-Karree und für den Brauhausberg/Einsteinstraße Ergebnisse in Form von Eckpunktepapieren zusammengefasst wurden; diese seien aber noch nicht endgültig. Im Behlert-Gutenberg-Karree solle ein Pilotprojekt zur Sanierung eines Gebäudes zusammen mit den Mietern umgesetzt werden. Bei den Wohnsiedlungen

Brauhausberg/Einsteinstraße und Grünstraße/Großbeerenstraße werde von Fördermöglichkeiten ausgegangen.

Herr Heuer betont, dass die Gespräche in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geführt wurden und keiner der noch vorhandenen „Knoten“ unlösbar sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zu Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information über den Stand des Umzugs der Fachhochschule gemäß Beschluss: 14/SVV/0922
halbjährliche Berichterstattung

Herr Klipp informiert, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur auf Nachfrage am 06.07.2015 erklärt habe, dass alle Baumaßnahmen planmäßig verlaufen und die Fertigstellungs- und Übergabetermine „stehen“. Die zweimonatige Verzögerung am Haus 5 gefährde den Zeitplan insgesamt nicht.

zu 7.5 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

Herr Exner bringt die Vorlage ein.

Frau Dr. Müller macht auf einen Widerspruch aufmerksam, der sich aus der dargestellten „Ampelschaltung“ für die Erfüllung der Bürgerhaushaltsvorschläge ergebe. Für die Verwaltung werde ein Auftrag als erfüllt angesehen, wenn dieser in die Haushaltsplanung aufgenommen sei. Für die Bürger ergebe es erst dann einen Sinn, wenn diese tatsächlich umgesetzt seien. Sie bittet, dies als Anregung mitzunehmen und in der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt zu besprechen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Bericht zur Korruptionsprävention 2014
Vorlage: 15/SVV/0508

Oberbürgermeister, Antikorruptionsbeauftragte

Frau Reinert bringt die Mitteilungsvorlage ein, die auch mit der Ombudsfrau abgestimmt sei.

In der sich anschließenden Diskussion merkt Herr Boede an, dass auch über die Fraktionen anonyme Hinweise gegeben werden, zu denen sie als „Hinweisgeber“ nicht nachvollziehen könne, ob diese in die Statistik einfließen oder nicht.

Herr Kirsch fragt nach dem Verfahren mit unbegründeten Hinweisen und Frau Müller nach dem Verfahren mit anonymen Hinweisen.

Grundsätzlich, so Frau Reinert, werde der Hinweisgeber informiert. Herr Dr. Erdmann verweist auf ein dazu festgelegtes Prozedere und informiert im Weiteren über die Gefährdungsatlanen der einzelnen Geschäftsbereiche, die nunmehr vorliegen. Er plädiert für die von Herrn Schüler vorgeschlagene Beauftragung des Rechnungsprüfungsausschusses, die Gefährdungsatlanen dort vorzustellen und zu beraten.

Er informiert im Weiteren darüber, dass der derzeitige Ombudsmann, Herr Dr. Grams, seine anwaltliche Lizenz zurückgebe und damit eine der Ausschreibungskriterien nicht mehr erfülle.

Möglich sei, den in der Ausschreibung zweitplatzierten Herrn Dr. Schulze-Pätzold, der bei der Pro Potsdam tätig sei, nachzubersetzen. Herr Dr. Grams könnte bis dahin die Funktion weiterführen.

Frau Müller bittet eventuelle Interessenskonflikte zu prüfen und eventuell die Funktion neu auszuschreiben.

Herr Dr. Erdmann entgegnet, dass mit der Staatsanwaltschaft und Transparency International eine Rücksprache erfolgt sei und beide keine Probleme mit diesem Verfahren hätten. Ansonsten würde es über einen längeren Zeitraum keine neutrale Person gebe, die ansprechbar ist.

Herr Kirsch spricht sich für den Verbleib von Herrn Dr. Grams aus, Herr Schüler und Herr Boede für eine Neuausschreibung der Stelle. Herr Boede wünscht sich darüber hinaus eine stärkere Einbeziehung der Stadtverordneten und bittet, die Referenzen höher zu bewerten als die Kosten.

Herr Exner betont, dass er unter Abwägung aller Sachverhalte ebenfalls dazu neige, über die Sommerpause ohne eine Ombudsperson auszukommen.

Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Boede betont Herr Dr. Erdmann, dass es sich hier um ein nicht förmliches Verfahren handele und das Vergabeverfahren ordentlich gelaufen sei; das Rechnungsprüfungsamt habe insbesondere hierzu einer Vorbildfunktion.

Herr Kirsch stellt den Antrag, Herrn Dr. Grams so lange im Amt zu belassen, bis ein Nachfolger gefunden wurde. Damit gebe es weiterhin einen Ansprechpartner und entstehe kein Vakuum.

Herr Finken erklärt, dass erstens kein Antrag vorliege und es sich hier um eine Mitteilung der Verwaltung handele. Insofern sei eine Abstimmung dazu nicht möglich, sondern maximal eine Meinungsbildabfrage. Die Nachfrage, ob Herr Dr. Grams überhaupt zur Verfügung stehe, bejaht Herr Dr. Erdmann, macht aber nochmals darauf aufmerksam, dass die anwaltliche Lizenz ein Bestandteil der Ausschreibung gewesen sei.

Im Ergebnis sprechen sich 6 Mitglieder für den Vorschlag von Herrn Kirsch aus und 10 dagegen; zwei enthalten sich der Stimme.

Anschließend wird ein Meinungsbild zur Neuausschreibung eingeholt. Der Hauptausschuss spricht sich für eine Neuausschreibung aus.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Berichterstattung der Kommission zum Umgang mit vertraulichen Sachverhalten

Herr Finken bittet Herrn Dr. Erdmann um die Darstellung des Sachverhalts; er macht gleichzeitig darauf aufmerksam, dass eine rechtliche Würdigung dessen noch nicht erfolgen könne.

Herr Dr. Erdmann erläutert, dass die Beratung über einen Grundstücksverkauf im Rahmen einer Aufsichtsratssitzung der Pro Potsdam am 18. Februar 2014

Ausgangspunkt gewesen sei. Das Mitglied im Aufsichtsrat Andreas Menzel habe dazu Fragen vorgetragen, konnte aber auf Grund eines Rückenleidens nicht bis zum Schluss an dieser Sitzung teilnehmen. Herr Menzel habe sich zu diesem Grundstücksverkauf nicht informiert gefühlt und aus seiner Sicht seien die Fragen nicht beantwortet worden.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. April 2014 beabsichtigte Herr Menzel im nicht öffentlichen Teil der Sitzung eine persönliche Erklärung dazu abzugeben, die er im Vorfeld bei der stellvertretenden Vorsitzenden vorgelegen habe. Frau Birgit Müller habe im Vorfeld Herrn Menzel darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Inhalte der persönlichen Erklärung für problematisch halte. Der Niederschrift dieser Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist der weitere Verlauf zu entnehmen.

Am 03. April 2014 habe eine Gesellschafterversammlung der Pro Potsdam stattgefunden, in der die Handlung des Herrn Menzel thematisiert und verabredet wurde, einen Auszug aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu erbitten. Diese Verabredung sei nicht Bestandteil des Protokolls der Sitzung der Gesellschafterversammlung, lasse sich aber aus dem dazu vorliegenden Mailverkehr ableiten.

Der genannte Auszug wurde über das Beteiligungsmanagement angefordert und am 11. April 2014 dieser zugesandt.

Auf Grund der von der Pro Potsdam veranlassten Anzeige hat das LKA am 14.10.2014 die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung um Unterstützung gebeten und am 23.10.2014 wurden die vom LKA erbetenen Unterlagen, einschließlich des Auszugs aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung übersandt. Herr Dr. Erdmann verweist darauf, dass Aufsichtsratssitzungen nicht öffentlich seien und nach § 85 GmbH-Gesetz derjenige bestraft werde, der ein Geheimnis der Gesellschaft, ... das ihm in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer, Mitglied des Aufsichtsrats oder Liquidator bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart. Diese Tat werde nur auf Antrag der Gesellschaft verfolgt.

Darüber hinaus seien Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich öffentlich – nicht öffentlich nur dann, wenn Belange des öffentlichen Wohls betroffen seien. Sinn dieser Regelung sei der Schutz Interessen Dritter – nicht der Schutz der Stadtverordneten. Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung sei verpflichtet gewesen, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Wenn es den Auszug nicht gegeben hätte, so wäre jeder einzelne Stadtverordnete dazu als Zeuge vernommen worden.

Die Pro Potsdam sei darüber hinaus beauftragt, die Interessen der Gesellschaft zu wahren und somit in der Pflicht, den Vorgang weiter zu verfolgen.

Eine rechtliche Bewertung der Vorgänge werde die Kommission zur Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 vorlegen.

Herr Schüler betont, dass der Mitschnitt der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nur einem Zweck diene, nämlich die Fertigung der Niederschrift zu unterstützen. Daraus sei nun ein wörtlicher Auszug an die Pro Potsdam gegangen und das sei kritikwürdig.

Herr Heuer fragt nach, ob es denkbar gewesen wäre, dass die Gesellschaft die Stadtverordnetenversammlung befragt und um Zustimmung zu diesem Auszug bittet. Wenn es diese Zustimmung gegeben hätte, wäre das weitere Vorgehen nicht zu kritisieren.

Herr Boede betont, dass der Auszug kein offizielles Dokument der Stadtverordnetenversammlung sei und die Frage, ob die Stadtverordnetenversammlung dies hätte entscheiden oder genehmigen müssen,

aufzuklären ist. Ebenso sei zu erklären, über wen dieser Auszug angefordert wurde, ob Bedienstete angesprochen und Dienststellungen dafür genutzt wurden.

Herr Schultheiß führt aus, dass er wissen wolle, ob es seitens des Gesellschaftsvertreters eine Weisung oder einen Antrag an die Vorsitzende gegeben habe und der Dienstweg eingehalten wurde.

Herr Finken verweist darauf, dass Herr Dr. Erdmann hier nicht alle Fragen beantworten könne; sie aber zur Prüfung und späteren Berichterstattung mit aufnehmen werde.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dies die letzte Sitzung vor der Sommerpause sei und er geklärt habe möchte, was geklärt werden könne. Dies sei ein außergewöhnlicher Vorgang, der nicht ohne Nachvollziehbarkeit geschehen ist.

Herr Schüler betont, dass er zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung selbst nicht in Potsdam gewesen sei. Am 11.04.2014 – dem Tag der Übergabe des Auszuges – jedoch sei er in Potsdam gewesen, so dass man ihn hätte fragen können. Das sei nach seiner Erinnerung aber nicht geschehen.

Herr Schubert betont, dass die Stadtverordneten derzeit nur auf Grundlage der Medienberichterstattung informiert seien und fragt nach, welche Unterlagen das LKA am 14.10.2014 angefordert habe und ob die Verwaltung die Urteilsbegründung zum Sachverhalt kenne.

Herr Dr. Erdmann entgegnet, dass das LKA das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 02.04.2014, die schriftliche Erklärung des Herrn Menzels und den Tonbandauszug aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung angefordert habe. Die Ermittlungen auf Grund der Anzeige von Herrn Menzel gegen Unbekannt sei eingestellt worden – aber auch das wisse er nur aus den Medien.

Der eigentliche Ausgangspunkt, so Herr Exner, sei ein Straftatverdacht. In der betreffenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung waren sowohl der Aufsichtsratsvorsitzende als auch der Gesellschaftervertreter anwesend, so dass für sie die Frage stehe, wie sie damit weiter umgehen sollen. Natürlich könne in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung eingefordert werden, aber sie sei in ihrer Entscheidung auch nicht frei und habe die Ermittlungsbehörden zu unterstützen. Wenn zum Schaden der Gesellschaft etwas passiere, müsse dem nachgegangen werden, auch wenn das dann folgende Prozedere nicht richtig ist. Andererseits spreche die Aufnahme von Ermittlungen für die Weitergabe der Informationen.

Trotzdem, so Herr Heuer, sei die Frage zu klären, ob die Stadtverordnetenversammlung hätte um Erlaubnis gefragt werden müssen und wie mit dem Auskunftersuchen umgegangen worden sei.

Das Protokoll, so Herr Schultheiß, sei ein Beweismittel. Wenn es unzulässig ist, müsse dies auch festzustellen sein. Er empfiehlt, zukünftig mit der Weitergabe eventueller Beweise auf eine richterliche Anordnung zu warten.

Herr Schüler verweist darauf, dass die persönliche Erklärung im Wortlaut vorlag und es des Auszuges aus dem Tonbandmitschnitt gar nicht bedurft hätte. Deshalb sollte auch geprüft werden, ob es zukünftig nicht richtiger ist, auf die Zeugenaussagen zu verweisen.

Er, so Herr Boede, sei überrascht, dass die Angelegenheit mit dem Straftatverdacht gerechtfertigt werde. Allein die Aufforderung der Ermittlungsbehörden reiche auch nicht aus – hier müsse schon die Staatsanwaltschaft aktiv werden. Wenn jeder in das Büro der Stadtverordnetenversammlung kommen und Wortprotokolle fordern dürfe, mache er das zukünftig auch so.

Herr Dr. Erdmann erwidert, dass das LKA im Auftrag der Staatsanwaltschaft in einem laufenden Ermittlungsverfahren tätig geworden ist

Frau Müller weist dies entschieden zurück und betont, dass das Büro der Stadtverordnetenversammlung äußerst zuverlässig sei und entgegen der Behauptung von Herrn Boede sensibel mit Informationen umgehe.

Herr Schubert bittet in die weitere Prüfung auch mit einzubeziehen, unter welchen Bedingungen die Weitergabe von Informationen an Dritte – und das sei hier auch die Pro Potsdam – möglich sei.

Herr Kirsch stimmt Herrn Schubert zu und stellt den Geschäftsordnungsantrag „Ende der Rednerliste“, der mit Stimmenmehrheit angenommen wird.

Herr Finken fasst zusammen, dass der Sachverhalt weiter durch die Kommission geprüft und mit einer rechtlichen Würdigung spätestens in der Hauptausschusssitzung am 02.09.2015 ein Bericht vorgelegt werde.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, die Ergebnisse zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen; spätestens am 02.09.2015, so dass sich auch frühestmöglich abschließend damit beschäftigt werden könne.

zu 8 Sonstiges

Herr Goetzmann führt aus, dass die Schreiben an die Beteiligten mit der terminierten Aufforderung zum 08.07.2015 die öffentliche Zugänglichkeit des Parks zu gewährleisten, ergangen seien. Daraufhin habe es eine Rückmeldung durch die anwaltliche Vertretung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten mit der Bitte um Fristverlängerung gegeben. Diese wurde bis zum 15.08.2015 gewährt.

Der Oberbürgermeister habe mit einem Schreiben vom 03.07.2015 die Bitte an Herrn Döpfner gerichtet, möglichst kurzfristig eine einvernehmliche Lösung zu finden. Das Schreiben nebst Skizze wird den Hauptausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Nach seiner vorsichtig optimistischen Einschätzung, so Herr Goetzmann, könne es auf Grund dessen zu einer Einigung kommen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob sich diese Skizze von der Zeichnung im B-Plan unterscheide, erklärt Herr Goetzmann, dass diese Skizze leichte Abweichungen zum B-Plan beinhalte.